
Wiebke Knell

KNELL ZUR AFRIKANISCHEN SCHWEINEPEST

12.01.2018

- Präventive Maßnahmen müssen ergriffen werden
- Mögliche Ausweitung der Jagdzeiten für Wildscheine darf nicht ausgeschlossen werden
- Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest wäre wirtschaftliches Desaster für Landwirte

WIESBADEN – „Wir fordern die Landesregierung auf, sich jetzt gemeinsam mit den Nachbarbundesländern auf gemeinsame präventive Maßnahmen gegen die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) zu verständigen. Dabei ist eine wirksame präventive Maßnahme die Erweiterung der Jagdzeiten für das Schwarzwild. Sie darf nicht von vornherein abgelehnt werden, wie das die Landesregierung heute in der Frankfurter Rundschau getan hat. Die Gefahr der weiteren Ausbreitung der ASP wird immer größer. Es gilt jetzt präventive Maßnahmen zu ergreifen und dazu gehört auch die Reduzierung der Bestandszahlen bei den Wildschweinen unter Berücksichtigung des Elterntierschutzes“, erklärt die agrar- und jagdpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, Wiebke KNELL.

Knell weiter:

„Dazu und zu den anderen Maßnahmen der Landesregierung, um eine Ausbreitung der ASP zu verhindern, haben wir heute eine entsprechende Kleine Anfrage eingereicht. Die Landesregierung ist hier gefordert Vorbereitungen für einen möglichen Ausbruch zu treffen und auch Maßnahmen zu ergreifen, die einen Ausbruch unwahrscheinlicher machen. Es ist Aufgabe der Landesregierung, frühzeitig Kooperationen mit Landwirten und Jägern zu suchen. Es darf nicht sein, dass die Landesregierung sinnvolle Präventionsmaßnahmen verweigert und die Jäger am Ende als reine Schädlingsbekämpfer degradiert werden. Wir wollen wissen, ob die Landesregierung hier

ihre Arbeit macht oder nur hofft, dass die ASP an Hessen vorüberzieht."